

Unsere Podiumsdiskussion am 26. September in der Mavuno-Kirche war ein großer Erfolg! Der Einladung folgten knapp 100 Zuhörer, auf dem Podium waren sowohl alle eingeladenen



Parteien auf Bezirksebene vertreten (CDU, SPD, Die Grünen, FDP und Die Linke), als auch die Mitglieder des Abgeordnetenhaus Goiny (CDU) und Seerig (FDP) und der Bezirks- und Landessportbund. Die von uns eingeladenen Senatoren für Finanzen und für Bildung hatten keine Zeit und konnten auch keine Vertreter entsenden, und die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hatte sich für nicht zuständig erklärt – eine sehr enttäuschende Haltung des Senats, sich so dem Gespräch mit Anliegern und Anwohnern zu entziehen!

Für die Vorstellung der Geschichte und der Fakten um den Bildungsstandort Osteweg konnten wir auch das Architektenbüro, das im Jahre 2008 der Gewinner der Ausschreibung für den Schulstandort gewesen ist, für einen Vortrag über die architektonischen Planungen gewinnen. Unser Dank gilt an dieser Stelle Herrn Kreienbaum, Partner bei gkkk Architekten Berlin/Hamburg, der die damaligen Pläne umfassend darstellte.

Im Anschluss stiegen wir mit kurzen Podiumsbeiträgen in die Diskussion ein.

Bezirksbürgermeisterin Richter-Kotowski teilte mit, dass der Senat den Bezirk bis heute nicht über die Planungen der Unterbringung von nunmehr 217 Menschen unterrichtet hat – ein weiterer Beleg für den mangelhaften Kommunikationswillen des Senats. Herr Seerig betonte die Notwendigkeit einer gemeinsamen Diskussion zum Erhalt des Sport- und Schulstandortes. Der Vorsitzende des Bezirkssportbundes Schön bestätigte die sehr angespannte Sporthallensituation und unterstrich, dass der Sport einen wichtigen Beitrag zu einer gelungenen Integration leisten kann.



Frau Mertens von den Grünen sprach sich deutlich für den Sport- und Bildungsstandort aus. Sie bemängelte die Abwesenheit des Senats und die fehlende Gesprächsbereitschaft auch in der Koalition sowie die fehlenden umfassenden Daten. Die Mangelwirtschaft müsse beendet werden, Ausweichstandorte für zu renovierende Schule müssen vorgehalten werden. Dazu hatte auch der Landeselternausschuss die Bezirke am 08.09. angehalten. Herr Krause von den Linken im Bezirk fand es „hochpeinlich, dass vom Land keiner da ist.“ Er könne alle Argumente für eine Sporthalle und für eine Schule unterschreiben, aber „[...] letztendlich entscheidet der Senat, der heute Abend nicht hier ist, das ist superärgerlich, denn der Dialog mit Bürgern ist wichtig und dann kommt Unmut und Stillstand auf. [...] Schule ist notwendig, Flüchtlingsunterkünfte sind notwendig.“

Der Landessportbund, repräsentiert durch Herrn Kozlowski, sprach von massivem Bedarf an öffentlichen Schulen, aber eine Entscheidung zwischen Schule und Flüchtlingsunterkunft schaffe nur Verlierer.

Die SPD war mit Jan Kellermann vertreten, der mehrmals unterstrich, für eine Schule am Osteweg einzutreten und letztendlich seine Mitarbeit zur Realisierung eines solchen Anbot. Sein Argument, dass die damalige Schulplanung in 2011 aufgrund der Kostenexplosion gestrichen wurde, konnte von dem Architekten widerlegt werden.

Für Christian Goiny von der CDU ist der Osteweg ein Beispiel für das Unvermögen des Landes Berlin, die Politikfelder Stadtentwicklung, Bildung und Flüchtlinge mit einander in Verbindung zu bringen. Das letzte, was man am Osteweg braucht, sind Wohnungen – die

gibt es bereits zu genüge und eine weitere Verdichtung ist falsch. Hinter den Kulissen gibt



der Senat zu, dass der Bezirk keine weiteren Grundstücke mehr hat, aber bei SPD und den Linken gibt es dazu keine Bewegung. In 2014/15 wurde eine Containerunterbringung mit der Begründung abgelehnt, dass es sich beim Osteweg um einen perspektivischen Schulstandort dreht – was hat sich denn bis heute verändert?

Nach einem Appell zur überparteilichen Zusammenarbeit im Bezirk (alle Parteien wollen eine Schule am Osteweg) drehten sich die Fragen der Anlieger und Anwohner vor allem um die Fragen, wie es denn nun weitergehen wird? Der Senat solle seine MUF-Planung überdenken und vielmehr über einen integrativen Wohnungsbau der Städtischen WoBau nachdenken, so Richter-Kotowski. Die MUFs in dieser Form dienen lediglich dem schnellen Wohnungsbau. Frau Mertens berichtete, dass am Beelitzhof der Senat an einer Diskussion beteiligt war und Zusammenarbeit zusagte. Das Ergebnis: eine Woche später tauchten die Bagger am Beelitzhof auf. Flüchtlingsunterkünfte stehen leer, MUFs stehen leer, Containerunterkünfte können weiterbetrieben werden – also warum der Druck, so Frau Mertens von den Grünen? Vielmehr wollen wir kleinere Unterkünfte mit gemischten Wohnen von Anbeginn an. Schließlich soll Integration auch funktionieren...



Nachdem Herr Kellermann erneut den Schulstandort am Ostpreussendamm in's Spiel brachte erwiderten Mertens und Richter-Kotowski, dass die Zahlen eindeutig sind: es werden beide Schulstandorte benötigt. Herr Seerig von der FDP regte dazu einen Runden Tisch mit allen Beteiligten an – nur gemeinsam könnten Bezirk und Senat das Problem bewältigen.

Aus dem Publikum sprach die Vorsitzende des Bezirkselfternausschusses Kipf über die Notwendigkeit in ca. 2 Jahren Ausweichstandorte für zu renovierende Schulen festzulegen. Der Osteweg sei dafür ideal, denn es existieren Gebäude und Pläne für einen Schulumbau – im Bezirk gibt es keine weiteren Ausweichstandorte!

Abschließend verwies Frau Richter-Kotowski zunächst auf das Sonderbaurecht, das lediglich für Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge genutzt werden darf, nicht aber für versteckten Wohnungsbau. Sie legte dar, dass der Bezirk ausreichend Unterkünfte für Flüchtlinge bereitstellt: Klingsorstrasse, Finckensteinallee, Wupperstrasse, Dahlemer Weg, Beelitzhof, Leonorenstrasse, Ostpreussendamm, Hohentwielsteig, Goerzallee. Die Unterkünfte am Ostpreussendamm und Hohentwielsteig sind für 10-15 Jahre gebaut und der Bezirk hat den Dahlemer Weg und Heckeshorn als MUF Standorte gebilligt. Und an die SPD gewandt: nur wer das Verfügungsrecht für Grundstücke hat, kann planerisch tätig werden. Dieses Recht hat am Osteweg 53 und 63 nicht der Bezirk, sondern die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM). Die BI übergab der Bezirksbürgermeisterin eine Unterschriftenliste von über 2.000 Bürgern mit der Bitte, diese an Finanzsenator Dr. Kollatz weiterzuleiten.

Unser Dank gilt abschließend nicht nur allen Beteiligten, sondern vor allem Pastor Flechsig und seinem tollen Team von der Mavuno-Kirche, ohne die dieser informative Abend nicht möglich gewesen wäre! Wir bleiben für Sie am Ball und bitten weiterhin um Ihre Unterstützung!